

Iranisches Befremden über die deutsche Justiz Gegen eine Politisierung des Mykonos-Prozesses

Teheran wirft der deutschen Justiz vor, sie habe im Mykonos-Prozess Aussagen ungläubwürdiger Zeugen für bare Münze genommen und mit ihren unbewiesenen Anklagen gegen die iranische Staatsspitze die Würde des Staats und des Islams verletzt. Die Diplomatie sucht die Beziehungen zu Bonn zu retten, während revolutionär gesinnte Aktivisten lärmige Kundgebungen veranstalten.

vk. *Limassol*, 21. November

Die scharfe Reaktion iranischer Regimevertreter auf den Vorwurf der deutschen Bundesanwaltschaft, hinter dem Mordanschlag gegen vier iranische Kurden im Berliner Restaurant Mykonos im Jahre 1992 stecke die iranische Führung, verriet den verletzten Stolz einer ohnehin westlichen Anwürfen ausgesetzten eigenwilligen Nation. Das Vorgehen des Berliner Gerichts erregte das Befremden der Iraner. Dazu gesellt sich wohl Verlegenheit darüber, dass erneut iranische Agenten bei einer Bluttat im Ausland ertappt worden sind. Der Anschlag im Restaurant «Mykonos» sowie die Morde am früheren Ministerpräsidenten Bakhtiar in Paris im August 1991 und am Kurdenführer Ghassemlou in Wien 1989 zählen zu einer Serie von Mordtaten, deren Spuren zur iranischen Geheimpolizei zurückzuführen; und diese «Tradition» pflegte schon die Savak unter dem

Schah, einem Verbündeten Amerikas. Doch muss man im Nahen Osten leider daran erinnern, dass die Finger beider Hände nicht ausreichen, um all die Geheimdienste mit ähnlichen Praktiken der physischen Vernichtung aufzuzählen.

«Tod den Nazis»

Mehrere Tage lang demonstrierten einige hundert Aktivisten des Hizbullah vor der deutschen Botschaft in Teheran. Sie brüllten hinter einem Stacheldrahtverhau der Sicherheitskräfte «Tod den Nazis» und ähnliche Verwünschungen. Am Donnerstag hörte der Aufruhr auf. 200 Parlamentarier hatten Anfang der Woche eine Petition über den Abbruch der Beziehungen zu Bonn eingereicht. In Qom drohten am Mittwoch Geistliche mit einer Fatwa gegen den verantwortlichen Berliner Richter. Solche bedrohlichen Initiativen werden zweifellos von Revolutionären gefördert, die

Freitag, 22. November 1996 · Nr. 273

2

vermuten, von den bisher soliden deutsch-iranischen Beziehungen gehe ein schädlicher Einfluss Bonns auf das iranische Regime aus. Der oberste Richter Yazdi erklärte seinerseits, die Anklageschrift im Mykonos-Prozess sei unausgegoren und ermangle der rechtlichen Grundlage. Er vermute dahinter Einflüsse äusserer Mächte. Die deutschen Behörden sollten den Fehltritt der Anklagevertreter durch eine öffentliche Entschuldigung wiedergutmachen.

«Ein Sakrileg gegen den Islam»

Aussenminister Velayati sprach von einem «Sakrileg gegen den Islam» und wies darauf hin, dass die beiden Hauptzeugen im Berliner Prozess mit ihren Anklagen gegen höchste iranische Stellen nicht glaubwürdig gewesen seien. Es ist in der Tat die Frage, ob der nicht mit Namen genannte «Zeuge C», welcher früher dem Geheimdienst angehört haben will, im Fall Mykonos mehr als nur Anhaltspunkte für einen Analogieschluss bieten kann, wer genau 1992 die Mordaktion gegen den Kurdenführer Sharafkandi befohlen hat. Und der frühere Präsident Bani Sadr, welcher seit 1981 in Paris lebt, sättigte zwar vom sicheren Exil aus das Gericht mit unzähligen deftigen Internas des Mullahregimes, doch dürften seine Erinnerungen an alte Zeiten und Nachrichten aus zweiter Hand kaum als stichhaltige Beweise gelten. Das Wesen einer Geheimpolizei ist es schliesslich, möglichst im Versteckten und ohne Hinterlassung von Spuren zu morden. Zudem trägt Bani Sadr als ehemaliger Oberkommandierender der iranischen Streitkräfte persönlich die Verantwortung für die blutige Unterdrückungskampagne gegen die iranischen Kurden nach der Revolution. Auch seine dreijährige Allianz im Exil mit dem ruchlosen Guerillaführer der Volksmujabedin, Rajavi, wirft Fragen auf.

Die Bekämpfung des Staatsterrorismus ist ohne Zweifel ein hehres Anliegen. Doch wie konnte das Berliner Gericht niemals hoffen, seinen Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstminister Fallahian mit soliden Beweisen gegen ihn zu untermauern? Damit drängt sich für Iraner die Frage von selbst auf, ob die gerichtlichen Schritte gegen einen Teheraner Minister, gegen den Staatspräsidenten und gegen den Revolutionsführer dem politischen Motiv der Anschwärzung entspringen. Washington zum Beispiel drängt Bonn ja seit Jahren dazu, seinen Dialog mit Teheran abzubrechen. Dieser stellt das wichtigste Fenster Irans zum Westen dar.